

823/A XX.GP

ANTRAG

der Abgeordneten Schmidt, Motter und PartnerInnen
betreffend ein Bundesgesetz über die unentgeltliche Übereignung von beweglichem Bundesvermögen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz über die unentgeltliche Übereignung von beweglichem Bundesvermögen.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Bundesgesetz über die unentgeltliche Übereignung von beweglichem Bundesvermögen:

§ 1. Der Bundesminister für Finanzen ist zu nachstehender Verfügung über bewegliches Bundesvermögen ermächtigt:

Alle Kunstgegenstände, von welchen die von Bundesministerin Gehrler eingesetzte “Kommission zur Erforschung der Provenienzen in den Österreichischen Bundesmuseen” zum Ergebnis gelangt ist, daß sie nach dem 12. März 1938 unrechtmäßig oder aufgrund illegaler Praktiken in Bundesbesitz gelangt sind, sind an die rechtmäßigen BesitzerInnen bzw. deren rechtmäßige ErbInnen unentgeltlich zu übereignen.

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

BEGRÜNDUNG

Im Jänner 1998 erteilte Bundesministerin Elisabeth Gehrler den Auftrag, die Archive der Bundesmuseen zu öffnen, um - mit fünfzigjährigem Verzug - nachzuforschen, welche Kunstschatze aus jüdischem Besitz nach 1945 unrechtmäßig den

Bundesmuseen übereignet wurden.

Zur Durchführung dieser Aufgabe setzte die Bundesministerin eine "Kommission zur Erforschung der Provenienzen in den Österreichischen Bundesmuseen" ein.

Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind VertreterInnen aus allen zuständigen

Bundesmuseen, der Österreichischen Nationalbibliothek und dem

Bundesdenkmalamt. Mit der wissenschaftlichen Gesamtkoordination ist der

Generalkonservator des Bundesdenkmalamtes, Prof. Ernst Bacher, beauftragt.

Der vorliegende Antrag soll sicherstellen, daß, falls sich - aufgrund der Ergebnisse der Kommission - illegal erworbene Kunstobjekte im Eigentum des Bundes befinden, diese an die rechtmäßigen Besitzerinnen bzw. deren Erbinnen rückübereignet werden können.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Hauptausschuß des Nationalrates beantragt.